

Beurteilt – verurteilt? Weibliche Karrieren in der digitalen Welt

Frauenpolitische Fachtagung der Landesfrauenvertretung des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen



Elke Stirken mit Ministerin Ina Scharrenbach

stiegschancen für Beamtinnen und Beamte sicherzustellen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht dabei ganz oben. Hierbei spielt die Digitalisierung eine immer größere Rolle. So kann beispielsweise die gezielte und ausgewogene Weiterentwicklung von Telearbeit ein wichtiger Schritt sein, um Familien zu unterstützen. Wir brauchen einen modernen öffentlichen Dienst, um weiterhin im Wettbewerb um die besten Köpfe Schritt halten zu können.“

Diese Ankündigung begrüßte **Roland Staudé**, 1. Vorsitzender des DBB NRW, besonders mit Blick auf die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag in Bezug auf Chancengleichheit von Frauen und Männern und erklärte dazu: „Nordrhein-Westfalen

hat nun die Möglichkeit, Vorreiter beim Thema Geschlechtergerechtigkeit im öffentlichen Dienst zu werden und sich damit als modernes Bundesland und als attraktiver Arbeitgeber zu präsentieren.“

Bei den vielen Chancen, welche die Digitalisierung im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bringt, ging es der DBB NRW Landesfrauenvertretung bei der Veranstaltung aber auch darum, auf die Gefahren dieser Arbeitsplatzgestaltung im Zusammenhang mit Aufstiegschancen hinzuweisen. Denn wie der Titel der Veranstaltung erahnen lässt, bietet die fortschreitende Digitalisierung zwar zahlreiche Vorteile, gerade im Zusammenhang mit der

Welchen Einfluss haben die Arbeitszeit und das Arbeitsmodell auf die Beurteilungen von Beamtinnen und Beamten und wie sind die Auswirkungen auf die Beförderungschancen? Diese Themen wurden am 20. Februar 2018 bei der achten Fachtagung der Landesfrauenvertretung des DBB NRW in Düsseldorf mit Experten diskutiert.

Ein knappes halbes Jahr ist es nun her, dass die Landesregierung den umstrittenen Paragraphen zur Frauenförderung im Landesbeamten- und im Landesgleichstellungsgesetz (§19 Abs. 6 LBG bzw. §7 LGG) abgeschafft hat. Als zweiter Schritt war eine zeitnahe Evaluierung der Beurteilungsrichtlinien angekündigt worden. Dazu sollten unter anderem die vergangenen Beurteilungsrunden genauer betrachtet und auf Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts oder des Beschäf-

tigungsumfangs hin untersucht werden. Dieser Prozess scheint hinter den Kulissen gerade in vollem Gange zu sein, denn die Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung, **Ina Scharrenbach**, hatte bei der Tagung der DBB NRW Landesfrauen angekündigt, dass die Ergebnisse dieser Untersuchung bereits im Sommer dieses Jahres vorgestellt werden sollen.

Die Ministerin betonte in ihrer Rede auch, dass es „das Ziel der Landesregierung ist, faire Auf-



Elke Stirken, Helene Wildfeuer mit dem DBB NRW Vorsitzenden Roland Staudé (von links)

2 Wie viel Bund steckt in NRW?

Koalitionsvertrag von Union und SPD



3 Im Gespräch mit Christof Rasche

Interview mit dem FDP-Fraktionsvorsitzenden



8 Gewalt gegen Staatsdiener

dbbj nrw Gesprächspartner im WDR-5-Funkhausgespräch





Die frauenpolitischen Sprecherinnen Anja Butschkau (SPD) und Heike Troles (CDU) (von links)

Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gleichzeitig birgt sie jedoch auch einige Risiken.

So stellt beispielsweise die Beurteilung von Beschäftigten, die im „Homeoffice“ arbeiten, Vorgesetzte häufig vor große Herausforderungen: Wie soll jemand beurteilt werden, der körperlich nicht oder nur selten anwesend ist? Während eine Beurteilung der reinen Leistungskriterien noch relativ leicht machbar sein mag, wird

es jedoch spätestens bei den sogenannten Befähigungskriterien, also Arbeitsmotivation, Leistungsbereitschaft, Teamfähigkeit etc., schwierig.

Zu diesem Thema referierte auch Prof. Dr. Lars Oliver Michaelis, Professor für Staats-, Europa- und Beamtenrecht an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen. Als Experte im Bereich der Beurteilungen im öffentlichen Dienst war er

maßgeblich an der Erstellung der DBB NRW Broschüre „Geschlechtergerechtigkeit im Öffentlichen Dienst“ beteiligt. Darin wird deutlich aufgezeigt, dass Beschäftigte, die in Teilzeit arbeiten, häufig schlechter beurteilt werden. Mit Blick auf Telearbeit und andere Arbeitsmodelle, die die Präsenzzeiten am Arbeitsplatz weiter reduzieren, vertrat er zusammen

deutlich seltener von Spitzennoten bei der Beurteilung partizipieren und entsprechend seltener befördert werden“, erklärte Elke Stirken, Vorsitzende der DBB NRW Landesfrauenvertretung.

Probleme und Lösungsansätze in diesem Themenfeld wurden auch bei der abschließenden sogenannten „Fishbowl-Run-



Zusammen mit Moderatorin Beate Kowollik diskutierten die Teilnehmerinnen mit Prof. Dr. Lars Oliver Michaelis, OFD-Präsident Werner Brommund und Elke Stirken.



Jörg Blöming (CDU), Werner Brommund, Beate Kowollik, Elke Stirken und Prof. Dr. Lars Oliver Michaelis (von links)

mit anderen Experten die Ansicht, dass die Beurteilungen mindestens in gleichem Umfang schlechter ausfallen könnten, wie aktuell die Beurteilungen der Kolleginnen und Kollegen, die in Teilzeit arbeiten.

„Da es meistens Frauen sind, die im Zuge der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ihre Arbeitszeit reduzieren oder ihre Beschäftigung im ‚Homeoffice‘ ausüben, sind sie es auch, die

de“ diskutiert. Dabei stellten sich Prof. Dr. Lars Oliver Michaelis, Oberfinanzpräsident Werner Brommund und Elke Stirken unter Moderation der Journalistin Beate Kowollik den Fragen der Teilnehmenden. Die nahmen sehr rege von der Möglichkeit Gebrauch, ihre Themen vorzutragen und jeweils für eine gewisse Zeit an der Diskussion teilzunehmen.

JM

Koalitionsvertrag von Union und SPD: Wie viel Bund steckt in NRW?

Berufspolitik

DBB NRW: Ausgehandelte Ansätze sollen auch Eingang in die Politik auf Landesebene finden

Sollte der öffentliche Dienst beim Thema Chancengleichheit für Frauen und Männer eine Vorbildfunktion haben? Kann es sich der Staat leisten, Beschäftigte immer nur befristet einzustellen? Ist die Erzie-

lungszeit einer angestellten Mutter mehr wert als die einer verbeamteten Mutter? Das sind Fragen, mit denen sich nicht nur die Politik auf Bundesebene beschäftigen muss – auch das Land Nordrhein-

Westfalen ist gefragt, diese Themen anzupacken.

Chancengleichheit für Frauen und Männer

Chancengleichheit für Frauen und Männer: Erklärtes Ziel der möglichen Koalitionspartner ist es, bis 2025 eine paritätische Besetzung der Leitungs-

positionen im öffentlichen Dienst und in Unternehmen mit Bundesbeteiligung zu erreichen. Ein hehres Ziel. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist die Überarbeitung der Beurteilungsverfahren im öffentlichen Dienst. Denn diese führen aktuell dazu, dass Frauen oft schlechter beurteilt werden und ihnen dadurch der

Aufstieg in höhere Positionen häufig verwehrt bleibt. Auch Beschäftigte in Teilzeit haben deutlich geringere Chancen, beruflich weiterzukommen.

„Wer wirkliche Verbesserungen im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit erreichen möchte, der muss dafür sorgen, dass die Leistungen von Frauen auch adäquat wahrgenommen und bewertet werden“, erklärte **Roland Staude**, 1. Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen. „Hier waren Verbesserungen durch die Landesregierung angekündigt worden und NRW hätte damit jetzt die Möglichkeit eine Vorreiterrolle einzunehmen.“

Befristete Beschäftigungsverhältnisse

Mehr als zehn Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind befristet beschäftigt. In der Privatwirtschaft dagegen sind es weniger als sieben Prozent. Selbst wenn der besonders befristungsstarke



Roland Staude

Bereich der Wissenschaft ausgeklammert wird (hier liegt die Befristungsquote bei knapp unter 50 Prozent), liegt der öffentliche Dienst immer noch deutlich über der Privatwirtschaft. Besonders bei den Neueinstellungen scheint der befristete Vertrag inzwischen immer mehr zur Regel anstatt zur Ausnahme zu werden. Dabei bringen befristete Beschäftigungsverhältnisse Unsicherheit und mangelnde Planungssicherheit mit sich und bedeuten damit eine Einschränkung

der Lebensqualität der Betroffenen. „Gerade der öffentliche Dienst sollte in diesem Bereich eine Vorbildfunktion einnehmen und die Anzahl der Befristungen auf ein absolutes Minimum reduzieren“, so Roland Staude. „Diese Aufgabe richtet sich nicht nur an den Bund als Arbeitgeber, sondern genauso an das Land und die Kommunen, die ebenfalls eine Verantwortung ihren Beschäftigten gegenüber haben.“

Mütterrente

Geplant ist, dass künftig auch Müttern mit vor 1992 geborenen Kindern unter bestimmten Umständen das dritte Jahr als Erziehungszeit für die Rente angerechnet wird. Roland Staude: „Die Erziehungsleistung von Müttern und Vätern ist eine gesamtgesellschaftlich wichtige Aufgabe und sollte auch als solche anerkannt werden – unabhängig von der Beschäftigungsart der Betroffenen.“ Der DBB NRW fordert entsprechend, eine wirkungsgleiche Übertragung der Ren-

tenregelung auf den Beamtenbereich.

Einheitsversicherung

Eine klare Absage erteilt der nordrhein-westfälische Beamtenbund dagegen den Überlegungen, eine Einheitsversicherung, die sogenannte „Bürgerversicherung“, einzuführen. Unabhängig von rechtlichen Schwierigkeiten und der problematischen Umsetzung stellt sich auch die Frage, wo genau die Vorteile liegen sollen. Denn weder sind die bisher vorgestellten Modelle in der Lage, eine von der SPD propagierte „Zwei-Klassen-Medizin“ zu beenden, noch bietet sie Verbesserungen der Leistungen für die Versicherten. Ganz im Gegenteil zeigen zahlreiche Beispiele in anderen Ländern, dass die Einführung einer Einheitsversicherung zu einer Kostensteigerung sowie zu einer massiven Verschlechterung der Leistungen geführt hat. „Gut ist bei diesem Modell tatsächlich nur der Name“, so Roland Staude. **JM**

Politische Gespräche

„Dienstrechtsreform 2.0: Ja, sie muss zwingend kommen“

Interview mit dem neuen Fraktionsvorsitzenden der FDP im NRW-Landtag

Mit dem Fraktionsvorsitzenden der NRW-Landtagsfraktion der FDP, **Christof Rasche**, sprachen **Roland Staude**, **DBB NRW Vorsitzender**, und **Joachim Klein**, **Chefredakteur des DBB NRW Magazins**, in den Räumen der FDP-Landtagsfraktion im Düsseldorfer Landtag.

DBB NRW Magazin: Zunächst unseren herzlichen Glückwunsch zur gewonnenen Landtagswahl in 2017. Der Koalitionsvertrag wurde zügig zwischen der CDU und Ihrer Partei geschlossen. Wo sehen Sie die Schwerpunkte der FDP in diesem Vertrag?

Christof Rasche: Der Geist der Koalitionsverhandlungen war, Nordrhein-Westfalen voranzubringen. Es gab keinen Profilierungswettbewerb zwischen CDU und FDP. Wir wollten eine gemeinsame Politik. Auch mit dem Ziel, dass wir die nächste Landtagswahl gemeinsam wieder gewinnen. Damit es

nicht wieder einen Politikwechsel gibt, in dem alles umgekehrt wird, was wir erreichen, zurück in die Vergangenheit.

Bei den Koalitionsverhandlungen war uns die richtige Balance zwischen Ökologie und Ökonomie besonders wichtig. Bei Rot-Grün war das anders. Da hat beispielsweise der damalige Umweltminister **Johannes Rimmel** (Grüne) eine Umweltpolitik gegen den ländlichen Raum gemacht. Das wollen wir besser machen. Wir wollen einen fairen und transparenten Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern. Dieser Geist ist

wichtig, um die guten konkreten Vorhaben umzusetzen, die wir in der Koalitionsvereinbarung festgehalten haben.

Zudem wollen wir bessere Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft erreichen.

DBB NRW Magazin: Wir haben aber den Eindruck, dass das Thema Digitalisierung extrem von der FDP vorangetrieben worden ist.

Christof Rasche: Ja, weil es für uns ein zentrales Zukunftsthema ist. Denn es ist im Grunde



Beim Interview: Roland Staude, Christof Rasche und Joachim Klein (von links).

© FDP-Fraktion (3)

genommen die zweite industrielle Revolution. Die Chancen und Herausforderungen sind immens.

DBB NRW Magazin: Was steckt eigentlich hinter dieser „Digitaldividende“?

Christof Rasche: Die Digitaldividende ist beispielsweise gesparter Aufwand für die Menschen – denken Sie etwa an lange Wartezeiten auf Behördenfluren für einfache Verwaltungsvorgänge wie eine Pkw-Anmeldung. Dass man dafür einen Urlaubstag verwenden muss, ist doch nicht zeitgemäß. Sich durch die Digitalisierung ergebende Veränderungen beispielsweise für die Verwaltung müssen aber sozial verträglich gestaltet werden. Ich verstehe die Befürchtungen, die der schnelle Wandel mit sich bringt. Sorge um den Arbeitsplatz, Angst vor der persönlichen Zukunft, der Zukunft der Familie, der Kinder.

Aber die Digitalisierung kommt, weltweit. Ich halte es für klug, dass Deutschland und NRW ganz vorne mit dabei sind. Wenn wir den Prozess nur passiv begleiten oder gar hinterherlaufen, würden wir wo-

möglich die Verlierer sein. Man kann bei der Digitalisierung gewinnen, wenn man bei ihrer Gestaltung aktiv ist und Maßstäbe setzt. Die Digitalisierung kommt mit uns oder ohne uns. Ich meine: besser mit uns!

DBB NRW Magazin: Das Wort „Digitalisierung“ kam sehr oft in der Koalitionsvereinbarung

vor. Daher kursierte in der Beamtenschaft die Befürchtung, dass nun auf „Teufel komm heraus“ digitalisiert wird.

Christof Rasche: Eine Politik „auf Teufel komm heraus“ lehnen wir grundsätzlich ab. Wir wollen das Gegenteil: Wir wollen die Menschen mitnehmen. Wir sehen in

der Digitalisierung mehr Chancen, wir haben weniger Angst davor. Aber wir brauchen gute Konzepte, um die Menschen nicht zu überfordern, zum Beispiel für digitale Bildung in der Schule oder gute Weiterbildungsangebote für Berufstätige. Daran arbeiten wir bereits.

DBB NRW Magazin: Wir möchten jetzt auf den Schwerpunkt „Dienstrecht“ kommen. Der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen fordert eine sogenannte „Dienstrechtsreform 2.0“. Aus unserer Sicht war die Dienstrechtsreform der vergangenen Legislaturperiode keine wirklich Dienstrechtsreform, da sie unter dem Diktat der Kostenneutralität durchgeführt werden musste.

Beispielsweise ist die Eingangsbesoldung antiquiert. Es ist an der Zeit, für den gehobenen und höheren Dienst aufgrund der europäischen Entwicklungen über eine Anhebung der Eingangsbesoldung nachzudenken.

Christof Rasche: Dienstrechtsreform 2.0: Ja, sie muss zwingend kommen. Aber in Ruhe und im Gespräch mit allen Beteiligten. Auch hier geht es uns um die Qualität, nicht ums Tempo.

Aber wir gehen es an, darauf haben wir uns in der Koalition verständigt. Tatsache ist, dass wir Anreize schaffen müssen, damit wir wieder junge Leute für die Beamtenlaufbahn begeistern können. Das hängt sicher auch mit der Bezahlung zusammen, aber ebenso mit den Rahmenbedingungen. Wir müssen den Beamten beispielsweise die Chance geben, sich weiterzuentwickeln, auch über Laufbahngrenzen hinweg.

DBB NRW Magazin: Die Sondierungsgespräche sind abgeschlossen und die Koalitionsverhandlungen nehmen Fahrt auf. Das Sondierungspapier hat interessante Aussagen: Die Mütterrente II und eine Frauenförderung, die eine tatsäch-



Roland Staude und Christof Rasche auf den Sitzwürfeln der FDP-Landtagsfraktion.



liche Gleichstellung im öffentlichen Dienst bis 2025 vorsieht. Auch wir müssen in Sachen Frauenförderung in Nordrhein-Westfalen neue Wege gehen.

Christof Rasche: Die Vorgehensweise der Vorgängerregierung im Hinblick auf die Frauenförderung empfanden wir als extrem ungerecht. Das konnte ich überhaupt nicht nachvollziehen. Zahlreiche Beamte hatten den Glauben an die Politik und an die Gerechtigkeit verloren.

In einem ersten Schritt haben FDP und CDU die Ungerechtigkeit beseitigt. Jetzt brauchen wir jedoch ein Ergebnis, was Frauen und Männer gleichermaßen fördert. Wir wollen faire Aufstiegschancen, dazu gehören moderne und sachgemäße Personalbeurteilungsrichtlinien. Kindererziehung oder familiäre Pflege dürfen einem beruflichen Fortkommen nicht im Wege stehen. Keine leichte Aufgabe. Wir gehen zielstrebig an die Problemlösung heran, aber in Ruhe.

DBB NRW Magazin: Wir begrüßen die Verstärkung der Stellen im öffentlichen Dienst im aktuellen Haushalt 2018. Doch auch wir fragen uns, wo und wie Sie künftig den Haushalt entlasten wollen.

Christof Rasche: Beim Haushalt profitieren wir natürlich

von einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung, das war bei Rot-Grün genauso. Aber wir haben es geschafft, einen Haushalt vorzulegen, der ausgeglichen ist und der trotzdem wichtige Investitionen in die Zukunft umfasst.

Wir haben uns vorgenommen, die nächsten fünf Jahre keine neuen Schulden aufzunehmen. Wenn wir dann am Ende sparen müssen, gibt es sicherlich viele Bereiche in diesem 75-Milliarden-Haushalt, wo man das kann. Im öffentlichen Dienst gibt es aus meiner Sicht diese Möglichkeit nicht.

DBB NRW Magazin: Wie stehen Sie zu einer Fortsetzung der Besoldungsgespräche in 2019?

Christof Rasche: Ich gehe davon aus, dass es solche Gespräche wieder geben wird. Wir sollten unabhängig davon ständig im Gespräch bleiben. Und nicht erst sprechen, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Ich freue mich für meinen Teil auf einen weiteren konstruktiven Dialog mit dem Deutschen Beamtensbund Nordrhein-Westfalen.

DBB NRW Magazin: Wir freuen uns auch auf weitere interessante Gespräche und bedanken uns für das Interview.

■

DBB NRW Tarifkommission tagte in Düsseldorf

Schwerpunktthema: Forderungen zur Einkommensrunde 2018



Die Tarifkommission des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen trat am 29. Januar 2018 in der Landesgeschäftsstelle des DBB NRW zusammen,

um unter anderem die Forderungsfindung der dbb Bundestarifkommission zu den anstehenden Tarifverhandlungen von Bund und Kommunen beraten.

Unter der Leitung des Vorsitzenden der Tarifkommission, **Andreas Hemsing**, und dessen Stellvertreterin **Sandra van Heemskerck** wurde von den

Mitgliedern auch die dbb Branchentage in Nordrhein-Westfalen erörtert und durchweg als positiv bewertet.

Als „Hausherr“ begrüßte **Roland Staude**, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, die Tagungsteilnehmer herzlich. Die Zweite Vorsitzende des DBB NRW, **Jutta Endrusch**, nahm ebenfalls an der Sitzung teil.

JK

Wie üblich: Arbeitgeber legen kein Angebot vor

Erste Verhandlungsrunde bei der Einkommensrunde 2018

Ohne Arbeitgeberangebot ist der Verhandlungsaufakt zur Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen am 26. Februar 2018 in Potsdam zu Ende gegangen. Die Arbeitgeber hätten die erste Chance vertan, zügig in konkrete Verhandlungen einzutreten, kritisierte dbb Verhandlungsführer **Ulrich Silberbach** das Ergebnis des ersten Verhandlungstages. Schon vor der nächsten Verhandlungsrunde müsse Druck aufgebaut werden und die Kolleginnen und Kollegen zu Protestaktionen aufgerufen werden.

Andreas Hemsing, Vorsitzender der DBB NRW Tarifkommission, erläuterte am Rande der Verhandlungen, dass die Einkommensentwicklung endlich als das gesehen werden soll, was sie tatsächlich ist: ein wichtiges Kriterium, den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber attraktiv zu halten. Die Unterstützung der Beschäftigten aus Kommune und Bund sei immens wichtig. Die Verhandlungsstärke des dbb hänge nicht nur von guten und schlagkräftigen Argumenten, sondern ent-



scheidend vom nötigen Rückhalt und der entsprechenden Aktionsstärke der Kolleginnen und Kollegen ab, so Hemsing mit Blick auf die weiteren Verhandlungen.

Die zweite Verhandlungsrunde für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen (TVöD) findet am 12. und 13. März 2018 statt.

JK

Senioren

TIPP: Broschüre – „Pflege – Leitfaden rund um den Pflegefall“

In den vergangenen Jahren wurde die Pflegeversicherung mehrfach reformiert. Nach dem Inkrafttreten der neuen Regelungen seit dem 1. Januar 2017 durch die Pflegestär-

kungsgesetze II und III wurde die Pflegebedürftigkeit neu definiert, das Begutachtungsverfahren erneuert und weitere Leistungen verbessert. Die Bundesseniorenvertretung

hat eine neue Broschüre herausgebracht: „Pflege – Leitfaden rund um den Pflegefall“, die Betroffenen, Pflegebedürftigen sowie Pflegenden ein hilfreicher Ratgeber sein soll.

Die Broschüre kann zum Preis von fünf Euro bestellt werden. Per E-Mail unter vertrieb@dbbverlag.de oder per Telefon unter **030.7261917123**.

Mehr Geschlechtergerechtigkeit für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst

DBB NRW Frauenvertretung zu Gast im nordrhein-westfälischen Landtag



Am Gespräch nahmen teil: Milanie Hengst, stellvertretende Vorsitzende der DBB NRW Frauenvertretung, Eva Lux (SPD), Mitglied im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen, Anja Butschkau (SPD), Sprecherin im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen, Elke Stirken, Vorsitzende der DBB NRW Frauenvertretung, Sonja Borgers (SPD), Vorsitzende des Unterausschuss Personal, Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD), Mitglied im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen, Andrea Sauer-Schnieber, stellvertretende Vorsitzende des DBB NRW (von links).

Wie können Beurteilungen in nordrhein-westfälischen Be-

hörden geschlechtergerechter werden? – Zu dieser Frage ha-

ben sich Vertreterinnen der Frauenvertretung des Deut-

schen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen mit einigen Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion ausgetauscht. Grundlage dafür war die DBB NRW Broschüre „Geschlechtergerechtigkeit im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen“.

„Chancengleichheit für weibliche und männliche Beschäftigte im öffentlichen Dienst zu erreichen, ist für uns ein wichtiges Anliegen“, erklärte **Elke Stirken**, Vorsitzende der DBB NRW Frauenvertretung. „Entsprechend ist es uns wichtig, alle Beteiligten für dieses Thema zu sensibilisieren und die Notwendigkeit des Handelns deutlich zu machen.“

JM

DBB KV Bonn/Rhein-Sieg: 30 Jahre Lachender Amtsschimmel

DBB intern

Armin Laschet, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, ist der Ordensträger 2018

Armin Laschet ist der 30. Ordensträger des Lachenden Amtsschimmel. Rund 500 begeisterte Gäste nahmen am 1. Februar 2018 im Maritim Hotel Bonn an der diesjährigen Ordensverleihung teil. Darunter **Ashok Sridharan**, Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn, **Dr. Joachim Stamp**, Landesminister und stellvertretender Ministerpräsident NRW, **Guido Deus MdL**, **Christos Katzidis MdL**, **Axel Voss MdEP**, **Dr. Ingo Wolf**, Staatsminister a.D., sowie von der DBB-Bundesleitung der Bundesvorsitzende **Ulrich Silberbach**, der 2. Vorsitzende **Friedhelm Schäfer**, die Bundesvorsitzende der DBB-Jugend, **Karoline Herrmann**, und der Vorsit-

zende der DBB-Jugend NRW, **Moritz Pelzer**.

Seit dem Jahr 1988 verleiht der DBB Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg alljährlich diese karnevalistische Auszeichnung an namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Gesellschaft und Medien. Zu den Ordensträgerinnen und Ordensträgern der letzten Jahre gehören unter anderem **Reinhard Grindel**, Präsident Deutscher Fußball-Bund, **Annegret Kramp-Karrenbauer**, **Martin Schulz**, **Wolfgang Kubicki** MdB, **Dr. Thomas Bellut**, ZDF-Intendant, **Tom Buhrow**, WDR-Intendant, **Wolfgang Bosbach** und **Dr. Eckart von Hirschhausen**.

Ein karnevalistisches Spitzenprogramm mit **Querbeat**, **Guido Cantz**, **Marc Metzger**, **Domstürmern**, **Stattgarde Colonia**

Ahoi und den **Höhnern** rundete diese Jubiläumsveranstaltung ab.



Ministerpräsident Armin Laschet (Ordensträger 2018), DFB-Präsident Reinhard Grindel (Laudator) und dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach mit dem Bonner Prinzenpaar Dirk II. und Alexandra III.

Herausgeber: Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Groß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Stauda (Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@dbb-nrw.de. **Internet:** www.dbb-nrw.de.
Chefredakteur: Joachim Klein (JK).
Redaktion: Johanna Muschalik (JM), Markus Klügel (MK).
Bildredaktion: Tanja Henze.
Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.
Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des dbb beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Verlag: dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.
Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.
Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen-disposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 40, gültig ab 1.10.2017. **Ständige Beilage:** dbb magazin. ISSN 1438-2989

Postvertriebsstück G 6051 • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“

Gewalt gegen Staatsdiener

DBB Jugend NRW Gesprächspartner im WDR-5-Funkhausgespräch

Expertise auf den Punkt: Zum Thema Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst stellte Landesjugendleiter Moritz Pelzer dies für die DBB Jugend NRW als Gesprächsteilnehmer im WDR-5-Funkhausgespräch unter Beweis. Neben ihm saßen Landtagsabgeordneter Dr. Christos Katzidis sowie Vertreter aus dem Rettungsdienst.

Das Thema „Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst“ ist für die Jugendorga-

und Weitblick mit der Problematik auseinander. Dies trat beim WDR-5-Funkhausge-

aus Bochum, und **Kai Vogelmann** von den Malteser Hilfsdiensten in einer Expertenrunde. Moderiert wurde die Sendung mit dem Titel „Beschimpft, behindert, angegriffen – Feindbild Öffentlicher Dienst?“ von **Thomas SchAAF**.

Im einstündigen Gespräch erteilte Moritz Pelzer nicht nur spontanen Applaus des Publikums für seine Statements. Vor allem brachte er wertvolles Wissen aus der Kampagne „Gefahrenzone Öffentlicher Dienst“ ein, die die DBB Jugend NRW seit 2016 betreibt. „Zwei von drei Mitarbeitern haben im Dienst schon Gewalt erlebt“, berichtet Pelzer – das hat der Jugendverband aus Umfragen unter ihren Mitgliedern in Erfahrung gebracht. Gerade die

Möglichkeit, über die Kampagnenseite Übergriffe zu melden, die dann anonymisiert veröffentlicht werden, berührt einen entscheidenden Faktor: die Angst vor Konsequenzen durch die Vorgesetzten, wenn Übergriffe zur Meldung kommen. Auch Landtagsabgeordneter Katzidis, selbst ehemaliger Polizist, pflichtete Pelzer bei: „Führungsverantwortliche scheuen sich oft, das Thema anzugehen, aus Angst davor, ein schlechtes Außenbild abzugeben.“

Darüber hinaus verwies Pelzer auf die fehlende Einheitlichkeit der verschiedenen von den Kommunen und Behörden entwickelten Sicherheitskonzepte: „Es ist zwar vorgeschrieben, dass es sie gibt, dass die Vorgesetzten ihre Mitarbeiter schützen, aber da kocht jeder sein eigenes Süppchen. Das muss ein Stück weit auch von der Politik vorgelebt und vorgegeben werden! Sobald das jeder selber macht, ist auch kein roter Faden da. Denn eigentlich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dem Vorgesetzten Hilfebedarf offenbaren zu können.“ **MK**



Landesjugendleiter Moritz Pelzer zu Gast beim WDR-5-Funkhausgespräch.

nisation des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen ein Herzensanliegen. Seit geraumer Zeit sammelt der Verband nicht nur Erfahrungen aus erster Hand, sondern setzt sich auch mit Sachverstand

sprach am 15. Februar 2018 deutlich hervor. Hierbei saß Landesjugendleiter **Moritz Pelzer** mit **Dr. Christos Katzidis**, innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, **Udo Lipp**, Berufsfeuerwehrmann



400 gut gelaunte Jecke feierten mit der DBB Jugend NRW auf dem Karnevalsschiff die magentaste Party des Jahres.